

CHRISTINA ESCHER-WEINGART

Reform durch
Deregulierung im
Kapitalgesellschaftsrecht

Jus Privatum

49

Mohr Siebeck

JUS PRIVATUM

Beiträge zum Privatrecht

Band 49



Christina Escher-Weingart

Reform durch Deregulierung im Kapitalgesellschaftsrecht

Eine Analyse der Reformmöglichkeiten
unter besonderer Berücksichtigung
des Gläubiger- und Anlegerschutzes

Mohr Siebeck

Christina Escher-Weingart, geboren 1962; 1982–87 Studium der Rechtswissenschaften in Frankfurt am Main; 1987–90 Referendariat in Frankfurt am Main, Speyer und San Francisco; 1990–98 Wiss. Mitarbeiterin in Frankfurt am Main; 1993 Promotion; seit 1998 wiss. Assistentin am Institut für Arbeits-, Wirtschafts- und Zivilrecht an der Universität Frankfurt am Main; 1999 Habilitation.

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Escher-Weingart, Christina:

Reform durch Deregulierung im Kapitalgesellschaftsrecht : eine Analyse der Reformmöglichkeiten unter besonderer Berücksichtigung des Gläubiger- und Anlegerschutzes / Christina Escher-Weingart. – Tübingen : Mohr Siebeck, 2001
(Jus privatum ; 49)

ISBN 3-16-147436-8

978-3-16-157901-1 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

© 2001 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Computersatz Staiger in Pfäffingen aus der Garamond-Antiqua gesetzt, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0940-9610

Vorwort

Die nachfolgende Arbeit lag dem Fachbereich Rechtswissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität im Sommersemester 1999 als Habilitationsschrift vor. Sie entstand während meiner Tätigkeit als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl von Herr Prof. Friedrich Kübler sowie in meiner Zeit als Hochschulassistentin an der Johann Wolfgang Goethe-Universität. Sowohl Herrn Prof. Kübler schulde ich Dank, der mir die Zeit für meine eigenständigen Forschungen einräumte und mich in vielerlei Hinsicht mit seinem Rat unterstützte, als auch der Fakultät und dem Dekanat, die es ermöglichten, daß das Habilitationsverfahren innerhalb eines halben Jahres abgeschlossen werden konnte.

Danksagen möchte ich auch all jenen, die mir diese Arbeit überhaupt erst ermöglicht haben oder die mir über die verschiedenen großen und kleinen Hindernisse hinweggeholfen haben. Dies sind insbesondere mein Mann und meine Eltern, aber auch meine Töchter Rowena und Fiona, die des öfteren Geduld mit ihrer Mutter haben mußten. Zu nennen sind an dieser Stelle auch Frau Dr. Lydia Klose-Mokroß und Frau Amend-Kaskhousi.

Die Arbeit erhielt den Baker & McKenzie Preis und wurde von der DFG mit einer Druckkostenbeihilfe gefördert. Auch diesen gilt mein Dank.

Frankfurt am Main, den 20. 10. 2000

Christina Escher-Weingart

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Einleitung	1

1. Kapitel

Grundlagen und Ziele der Reform durch Deregulierung

3

A. Der Reformbedarf aus kapitalgesellschaftsrechtlicher Sicht	6
I. Der dogmatische Reformansatz	6
II. Der rechtspolitische Reformansatz	12
1. Kapitalsammelfunktion und Haftungsbegrenzung	13
2. Die Steuerungsfunktion des Haftkapitals	16
3. Die Managementkontrolle	19
4. Fazit	20
III. Zusammenfassung	21
B. Der Reformbedarf aus kapitalmarktrechtlicher Sicht	22
I. Bestandsaufnahme des Kapitalmarktes	23
1. Die Aktiengesellschaften	23
2. Die Verteilung der Aktien	24
II. Gründe für die Strukturschwäche des Kapitalmarktes	25
1. Die Anlegerseite	25
a. Renditeerwartungen bei Aktien	25
b. Weitere Gründe für das mangelnde Anlegerinteresse	27
2. Die Eigenkapitalgewinnung über den Kapitalmarkt	31
3. Allgemeine Strukturprobleme	33
a. Insider-Regeln	33

b. Take-over	36
c. Wechselseitige Beteiligungen und Ringverflechtungen	38
III. Der Reformbedarf	40
C. Die in die Reform einzubeziehenden Nebengebiete	42
I. Das Steuerrecht	42
1. Die Körperschaftsteuer	43
2. Die Vermögensteuer	45
3. Weitere Steuern	46
4. Beispiele für die gesellschaftsrechtlichen Auswirkungen des Steuerrechts und der sich daraus ergebende Reformbedarf	46
a. Die GmbH & CoKG	46
b. Die Verlustzuweisungsgesellschaften	48
c. Die Organschaft	49
d. Die Finanzierung über Genußrechte	52
e. Die kapitaleretzenden Gesellschafterdarlehen	54
5. Der Reformbedarf	55
II. Das Arbeits- und Mitbestimmungsrecht	56
III. Das Bilanzrecht	56
1. Kapitalgesellschaftsrecht und Bilanzrecht	57
2. Kapitalmarkt und Bilanzrecht	59
3. Fazit	61
D. Die Reformziele	64

2. Kapitel

Der Gläubiger- und Anlegerschutz im Kapitalgesellschaftsrecht

67

A. Gläubigerschutz, Anlegerschutz und Deregulierung – ein historisches Prolegomenon	69
I. Die geschichtliche Entwicklung	69
1. Die Entstehung der Aktiengesellschaft	69
2. Der Code Commerce	71
3. Die Entwicklung in Deutschland ab 1807 bis zum ADHGB	72
4. Das ADHGB	74

5. Die Aktienrechtsnovelle von 1870	75
6. Die Aktienrechtsnovelle von 1884	77
7. Die Entwicklung bis 1918	81
8. Die Nachkriegszeit	83
a. Die Inflation	83
b. Das Einströmen ausländischen Kapitals	85
c. Die Wirtschaftskrise	87
9. Die Entwicklung in der Zeit des Nationalsozialismus	88
10. Die Zeit ab dem Ende des Zweiten Weltkrieges	91
a. Die unmittelbare Nachkriegszeit	91
b. Die Zeit des Wiederaufbaus und des Wirtschaftswunders	92
c. Die Zeit der Vollbeschäftigung	94
d. Die Zeit ab der ersten Rezession und die Zeit des begrenzten Wachstums	98
11. Die Entwicklung der Aktiengesellschaft im Vergleich zu der GmbH	100
12. Fazit	103
II. Die Dispositivität der gegenwärtigen Rechtslage aus historischer Sicht	105
 B. Gläubigerschutz als Hinderungsgrund der Deregulierung	107
I. Der Gläubigerschutz nach dem Aktien- und GmbH-Recht	107
II. Neuere Entwicklungen beim Gläubigerschutz	110
1. Der Sicherungsbedarf	110
2. Die Sicherungsmöglichkeiten	111
a. Die Sicherungen	112
b. Risikoprämien und Risikodiversifikation	113
c. Die Publizität	113
d. Versicherungen	115
e. Pensionssicherungsverein und Einlagensicherung	116
f. Konkursausfallgeld	117
3. Ergebnis	117
III. Evaluierung der Systeme	119
1. Der kapitalgesellschaftsrechtliche Ansatz	119
a. Die Sicherung des Garantiekapitals	120
b. Der Schutz gegen betrügerisches Vorgehen	122
c. Das Verbot der Unterkapitalisierung	124
d. Zwischenergebnis	127
2. Die Publizität	128

3. Die Stärkung der Eigeninitiative der Gläubiger	130
a. Rechtliche und rechtspolitische Voraussetzungen	130
b. Ökonomische Analyse	131
4. Zusammenfassung	136
IV. Zwischenergebnis	136
C. Die Deliktsgläubiger als Problemgruppe	138
I. Der Durchgriff	138
1. Historische Entwicklung der Durchgriffslehre	138
2. Gegenwärtiger Diskussionsstand	141
3. Stellungnahme	142
a. Ordnungspolitische und wirtschaftspolitische Ziele der Haftungsbeschränkung	143
b. Umfang und Grenzen des Durchgriffs	144
aa. Die zivilrechtliche Risikoverteilung	145
bb. Die Übertragbarkeit auf den Durchgriff	148
cc. Die Kriterien des Durchgriffs	151
(1) Die Vorhersehbarkeit	152
(2) Die Vermeidbarkeit	153
dd. Zusammenfassung	155
c. Theoretische Grundlagen des Durchgriffs	156
4. Beispiel und Tatbestand	158
II. Die Haftung der Geschäftsleitung	159
1. Unmittelbare Übernahme der Reduktion der haftungsbeschränkenden Norm auf die Geschäftsleitung	160
2. Gesellschaftsrechtliche Haftungsansätze	160
a. Treuepflicht	160
b. Spezialgesetzliche Normen	162
3. Geschäftsleiterhaftung aus Delikt	163
a. Schutz der Deliktsgläubiger im Hinblick auf die Gesellschaft	164
b. Die unmittelbare deliktsrechtliche Haftung des Geschäftsleiters	164
4. Ergebnis	170
III. Die „class-Suit“	171
IV. Fazit	172

D. Der Schutz der am Gesellschaftskapital Beteiligten – ein Hinderungsgrund der Deregulierung?	174
I. Der Schutzbedarf – die gegenwärtige Diskussion	175
1. Die Globalisierung der Märkte	175
a. Die Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes	175
b. Die Umsetzung der Regelungsziele	177
aa. Selbstregulierung	178
bb. Der Ansatz Schwarks	179
cc. Individualschutz und Funktionenschutz	180
dd. Schlußfolgerungen	186
2. Die Diversifikation der Fondslandschaft	187
3. Rating-Agenturen als Intermediäre	190
a. Die Funktion des Rating	191
b. Die Regulierung des Rating	192
c. Zusammenfassung	194
4. Der Shareholder Value-Ansatz	194
5. Fazit: Anlegerschutz contra Anteilseignerschutz	199
II. Die Umsetzung des Schutzbedarfes in Rechtsregelungen	200
1. Definition Anlegerschutz/Anteilseignerschutz	200
2. Der Schutz am Markt	202
a. Die Regelungsmechanismen	203
b. Die Deregulierungsmöglichkeiten	204
3. Der Schutz innerhalb der Gesellschaft	204
a. Der Anlegerschutz	204
aa. Schutzbedürftigkeit der Anleger	205
bb. Regelungsmechanismen	206
(1) Die Entwicklung der Treuepflicht in der AG	206
(2) Die Entwicklung der Treuepflicht in der GmbH	208
(3) Folgerungen für die Treuepflicht als Anleger- schutzinstrument	209
(4) Herleitung der Treuepflicht	209
(5) Anspruchsbereich der Treuepflicht	215
(6) Rechtsfolgen der Treuepflichtverletzung	218
(a) Treuepflichtsverstoß bei Geschäftsführungsmaßnahmen	220
(b) Treuepflichten bei Verstößen gegen die Kapitalerhaltungs- vorschriften und sonstige gesellschaftsrechtliche Verbots- oder Gebotsnormen	220
(c) Treuepflichtsverstöße im Liquidationsverfahren und ähnlichen Konstellationen	222
(d) Doppelverstöße	223

(e) Verdeckte Einlagenrückgewähr	224
(f) Probleme der Umsetzung	224
cc. Zusammenfassung	226
b. Der Anteilseignerschutz	227
aa. Schutzbedürftigkeit der Anteilseigner	227
bb. Regelungsmechanismen	227
III. Schutzbedarf und Deregulierung	230

3. Kapitel

Die Deregulierungsmöglichkeiten anhand ausgewählter Themenschwerpunkte

233

A. Das Mindestgarantiekapital und die daran anschließenden Regelungskomplexe	235
I. Mindestgarantiekapital und Gesellschaftsform – Ein Merkposten der Reform	235
II. Das Mindestgarantiekapital	236
1. Die Warnfunktion des Grundkapitals	238
2. Die Ausschüttungssperrfunktion des Grundkapitals	239
III. Kapitalaufbringung und -erhaltung	240
IV. Die Gründung	243
V. Die Alternative	245
1. Das Eigenkapital	248
a. Das Basiskapital	248
b. Die Rücklagen	250
aa. Die sonstigen Rücklagen	250
bb. Die Wertsteigerungsrücklage	251
c. Das freie Kapital	252
2. Die anderen Bilanzposten	253
3. Das EG-Recht	253
4. Börsengängige und öffentlich gehandelte Gesellschaften	254
B. Die nennwertlose Aktie	255
C. Das Bezugsrecht	260
I. Die gegenwärtige Rechtslage	260
II. Die rechtspolitischen Argumente	262

1. Der Stimmanteil	263
2. Der Wertverlust	264
3. Sonstige Probleme	266
4. Die Vorteile des Bezugsrechtsausschlusses	266
III. Reformvorschlag	268
D. Der Erwerb eigener Aktien	270
I. Die alte Rechtslage	270
II. Das KonTraG	273
1. Die Formen des Rückkaufs	274
a. Der Erwerb über die Börse	274
b. Tender Offers	275
c. Transferable Put Rights	275
d. Pakethandel	276
2. Fazit	276
III. Die ökonomisch sinnvolle Lösung	276
1. Ökonomische Hintergründe des Erwerbs eigener Aktien	276
a. Der Abbau von Unterbewertungen	277
b. Der Aktionärskreis	279
c. Die Kurspflege	279
d. Die Unternehmensfinanzierung	279
2. Übertragbarkeit auf die deutsche Situation	282
3. Der gebotene Reformumfang	284
4. Die rechtstechnische Umsetzung	285
5. Vorratskapital und Kapitalrichtlinie	287
IV. Fazit	289
E. Die Gesellschaftsformen	291
I. Die Übertragbarkeit der einzelnen Reformvorschläge auf die GmbH	292
1. Das Eigenkapital	292
2. Das Bezugsrecht	294
3. Der Erwerb eigener Anteile	295
II. Die sinnvolle Gestaltung der Gesellschaftsformen	295
1. Die Anzahl der Gesellschafter	297
2. Die Art des Handels der Anteile	298
F. Ausblick: Das Konzernrecht	301

I. Der Vertragskonzern	302
II. Der faktische Konzern	304
1. Die ökonomische Analyse von Debus	305
2. Die beteiligten Schutzgruppen	308
a. Die Vertragsgläubiger	308
b. Die Deliktsgläubiger	309
aa. Der Durchgriff zur Mutter	309
bb. Der laterale Durchgriff	309
c. Die Minderheitsgesellschafter	311
aa. Der Eintritt in den faktischen Konzern	311
bb. Das Bestehen des faktischen Konzerns	313
(1) Das Recht zum Austritt	313
(2) Der Schadensersatzanspruch	314
3. Der GmbH-Konzern	316
III. Fazit	317

4. Kapitel

Zusammenfassung der Ergebnisse

319

Zeittafel	324
Literaturverzeichnis	325
Register	369

Einleitung

Das deutsche Kapitalgesellschaftsrecht ist reformbedürftig. Läßt sich über diese Feststellung noch Einigkeit erzielen, enden die Gemeinsamkeiten damit auch schon. Als Reformziel wird sowohl eine weitere Verschärfung¹ als auch eine Deregulierung² des Kapitalgesellschaftsrechts angestrebt. Vor allem mit den Möglichkeiten der zweiten Variante wird sich die Arbeit befassen.

Die fortschreitende Globalisierung und Internationalisierung der Märkte zwingt den deutschen Kapitalmarkt³ und damit auch das deutsche Kapitalgesellschaftsrecht zur Anpassung, soll Deutschland auf längere Sicht wettbewerbsfähig bleiben⁴. Der Zeitpunkt für eine Anpassung ist günstig, da wegen der europäischen Währungsunion und der damit verbundenen Einführung des Euro Gesetzesänderungen unumgänglich sind⁵, so daß das Tor für Reformen offensteht. Soweit diese Gesetzesänderungen in der Zwischenzeit auf der Ebene des kleinsten Nenners bereits erfolgt sind, so bleibt der Reformdruck dennoch bestehen⁶. Denn durch die einheitliche Währung entfällt das Wäh-

¹ Z.B. in Bezug auf die verdeckte Sacheinlage: *Ibrig*, Die endgültige freie Verfügung über die Einlage von Kapitalgesellschaften, 1990, und *Frey*, Einlagen in Kapitalgesellschaften, 1990; für eine Anhebung des Mindestnennbetrags ist *Brändel*, Großkommentar AktG, § 7 Rn. 11.

² Z.B. *Kübler*, Aktie, Unternehmensfinanzierung und Kapitalmarkt, 1989; *Spindler*, AG 1998, 53 ff.; *Seibert*, WM 1997, 1; zur Reformdiskussion: Kraft in KölnKom Band I § 6 Rn. 11 ff.; vor allem die Praxis drängt seit langem auf Deregulierungsmaßnahmen: *Waller*, Financial Times vom 14.7.1997; Börsen-Zeitung vom 18.8.1994 »Die Börse muß internationaler werden«; *Rexroth*, Journal, 19 f.

³ *Dick*, Opportunities, S. 2; *Kübler/Mendelson/Mundheim*, AG 1990, 463; *Böhlhoff* in FS Heinsius, S. 49; *Butz*, DAJV-NL 1998, 29; *Bühner/Weinberger*, BFuP 1991, 206; *Bühner/Tuschke*, BFuP 1997, 501; insbesondere da damit der Vorteil der DM als »starker« Heimatwährung entfällt; Sonderbericht S. 51 und 54.

⁴ *Kersting*, AG 1997, 222; *Kübler*, Aktie, S. 15; *Ebenroth/Daum*, WM 1992, Sonderbeilage 5, S. 4; *Everling*, Der langfristige Kredit 1991, 272; *Eberstadt*, WM 1996, 1809; *Seibert*, WM 1997, 1; Erstes Deutsches Eigenkapitalforum, FAZ vom 20.9.1996, S. 19; Die Bank 1998, 8 ff.; *Irwin*, FAZ vom 22.4.1997; *Gaddum* auf dem Deutschen Aktienforum der Telekom, FAZ vom 18.9.1996, S. 28.

⁵ Eine Zusammenfassung findet sich bei *Steffen/Schmidt*, DB 1998, 559 ff.; zum Aktienennwert: *Schröer*, ZIP 1997, 221 sowie ZIP 1998, 306 ff.

⁶ Zum Beispiel durch das Euro-Einführungsgesetz vom 9.6.1998, BGBl. I 1242.

rungsrisiko, das früher mit dem Kauf von Aktien eines anderen Staates verbunden war. Damit steigt der Wettbewerbsdruck für deutsche Aktien, der seinerseits eine effiziente Rechtsordnung erzwingt.

Zu der anstehenden Reformdebatte soll ein Beitrag geleistet werden, indem die *lege ferenda* Möglichkeiten zur Flexibilisierung des Kapitalgesellschaftsrechts aufgezeigt werden. Dabei soll die Ausarbeitung der inhaltlichen Schwerpunkte des aktuellen Reformbedarfs vorangestellt werden, gefolgt von der Feststellung, welche weiteren Rechtsgebiete einbezogen werden müssen, damit die Reform erfolgreich sein kann. Auf der Grundlage der Entstehungsgeschichte der einzelnen Vorschriften wird sodann der tatsächliche Schutzbedarf von Gläubigern und Anlegern herausgearbeitet, der auf seiten der Gläubiger bis auf die Sondergruppe der Deliktsgläubiger im Kapitalgesellschaftsrecht als gering zu veranschlagen ist. Auf seiten der Anleger werden stärkere Differenzierungen als bisher nötig, die zu einer Aufteilung in die unternehmerischen und rein kapitalmäßig beteiligten Anleger führen. Zudem ist zu unterscheiden zwischen dem Anlegerschutz am Markt und innerhalb der Gesellschaft.

Im Zuge einer diese Erkenntnisse umsetzenden Deregulierung kann das ohnedies mittlerweile seinen Regelungszweck nicht mehr hinreichend erfüllende Mindestnennkapital zugunsten eines gegen bestimmte Formen des Entzugs aus der Gesellschaft geschützten freien Kapitals aufgegeben werden. Verbunden damit ist eine Deregulierung und Flexibilisierung des gesamten Gründungsvorgangs und des Erwerbs eigener Aktien sowie eine Abschaffung des zwingenden Bezugsrechts. Als Korrelat ist auf die fiduziarischen Pflichten zwischen den Gesellschaftern untereinander und gegenüber dem Management zurückzugreifen sowie das Kapitalmarktrecht auszubauen.

Die Deregulierungsmaßnahmen ermöglichen es weiterhin, von der überholten Teilung in GmbH und AG Abstand zu nehmen und eine einheitliche Gesellschaftsform zu finden, deren zwingende Normvorgaben mit der Zahl der Anleger variieren.

1. Kapitel

Grundlagen und Ziele der Reform durch Deregulierung

So alt wie das Aktienrecht als Grundstein des Kapitalgesellschaftsrechts ist auch die Diskussion um seine Reformbedürftigkeit¹. Es gibt kaum ein Rechtsgebiet neben dem Kapitalgesellschaftsrecht, das sich in ähnlicher Weise den ständigen Fragen nach einer Neustrukturierung ausgesetzt sah und sieht, gleichzeitig aber vom Gesetzgeber seiner Substanz nach im Verhältnis dazu lange Zeit nur geringen Änderungen unterworfen wurde². Wesentlich hat hingegen die Rechtsprechung zur Fortentwicklung des Kapitalgesellschaftsrechts beigetragen, sei es indem sie in der Praxis bereits bewährte Lösungen rezipierte, sei es indem sie neue Maßstäbe setzte³, sei es aber auch, indem sie vom Gesetzgeber geschaffene Reformen als unzureichend ablehnte und entsprechend ihrem Verständnis judizierte⁴. Dies hat zwar erheblich zur Stabilität des Kapitalgesellschaftsrechts beigetragen, hat aber auch zu teilweise verwirrenden Rechtsverhältnissen geführt⁵.

An dieser Situation hat sich erst in letzter Zeit etwas geändert. Die Reformdebatte strebt einem neuen Höhepunkt zu, da sich mehr und mehr abzeichnet,

¹ Siehe dazu unten den historischen Abschnitt im zweiten Kapitel A.

² *Ballerstedt*, S. 1.

³ Z.B. indem sie das mißbräuchliche Ausnutzen vom Registersperren durch klagende Aktionäre durch das Institut der offensichtlich unbegründeten Anfechtungsklage beschränkte, BGHZ 107, 296, 308 ff.; dazu: *Guntz*, S. 269 ff.; das RWS Forum Band 4 über das mißbräuchliche Aktionärsverhalten mit Beiträgen von *Timm*, *Windbichler*, *Lehmann*, *Martens*, *Baums* und *Keil*; oder durch die Ausdifferenzierung des KG-Rechts im Zusammenhang mit den Abschreibungsgesellschaften.

⁴ Paradebeispiel dazu ist die Novelle über eigenkapitalersetzende Darlehen im GmbH-Recht, die der Rechtsprechung nicht weit genug ging, woraufhin sie die Fortgeltung der alten Regeln neben der neuen Gesetzeslage postulierte; BGHZ 90, 370, 376 ff.; zu dem Nebeneinander von Rechtsprechungsgrundsätzen und Gesetz *Lutter/Hommelhoff*, GmbHG, § 32 a/b, Rn. 10 ff.

⁵ Dies kommt am augenfälligsten bei der Analogiebildung zum Tragen, über deren Konzept mittlerweile kein Überblick mehr zu gewinnen ist. Hierbei wiederum am auffälligsten sind die Analogien zum Konzernrecht, die sich nur noch rudimentär an Normen orientieren, in Wirklichkeit aber Rechtsschöpfungen darstellen; dazu sogleich unten unter A.I.

daß der ohnedies schwache deutsche Kapitalmarkt⁶ den capital management Anforderungen der internationalen Märkte nicht standhalten können wird⁷. Dem deutschen Kapitalgesellschaftsrecht fehlen bisher, obwohl es seit dem zweiten Weltkrieg Ziel jeder Reform des Aktienrechts war, auch die Situation am Kapitalmarkt zu verbessern⁸, die Möglichkeiten zur effizienten Kapitalstrukturierung. Der Gesetzgeber hat auf den Druck der Weltmärkte überraschend schnell – wenn auch nicht weitreichend genug – reagiert und hat mit den Finanzmarktförderungsgesetzen⁹ und dem KonTraG¹⁰ Erleichterungen geschaffen, wie die Zulassung des Erwerbs eigener Aktien oder die Zurückdrängung des zwingenden Bezugsrechts.

Umfassende Reformen werden jedoch nach wie vor durch die Festschreibung vieler der als nachteilig empfundenen Prinzipien – wie zum Beispiel dem des fixen Mindestnennkapitals – in der Kapitalrichtlinie der EG vom 13.12.1976 behindert¹¹. Auch hier hat sich die Situation durch den Vertrag von Maastricht verändert. Durch die Einführung des Euro ergibt sich zwangsweise die Notwendigkeit, die Kapitalrichtlinie zu überarbeiten, insbesondere im Hinblick auf die Festsetzung des Nennkapitals und des Nennwerts der einzelnen Anteile, da sich die entsprechenden Werte nicht einfach auf glatte Zahlen umstellen lassen¹², ungerade Werte als Mindestkapitalanforderungen indessen ungeeignet erscheinen¹³. Der deutsche Gesetzgeber hat deswegen bereits im StückAG¹⁴ im Rahmen der Euro-Umstellung¹⁵ die unechte nennwertlose Aktie zugelassen.

⁶ Ausführlich dazu unten unter B.

⁷ Kübler, Aktie, S. 15; Butz, DAJV-NL 1998, 41; Eberstadt, WM 1996, 1809; Seibert, WM 1997, 1; Erstes Deutsches Eigenkapitalforum, FAZ vom 20.9.1996, S. 19; Irwin, FAZ vom 22.4.1997; Gaddum auf dem Deutschen Aktienforum der Telekom, FAZ vom 18.9.1996, S. 28.

⁸ RegE Kropff, S. 14; Schäffer BB 1958, 1253; Dippel, DRiZ 1965, 356; Gessler, AG 1965, 344; Wilhelmi, AG 1965, 153; Stammberger in Aktienrechtsreform, S. 15 f.; Hengeler/Kreifels, Beiträge S. 12; Reimicke, Beiträge S. 117; Strauss, Grundlagen, S. 4 sowie S. 9 ff. mit interessantem weiteren Material.

⁹ Zweites Finanzmarktförderungsgesetz, BGBl. 1994 I, 1749; der Entwurf zum Dritten Finanzmarktförderungsgesetz ist abgedruckt in: ZBB 1997, 286 ff.

¹⁰ BGBl. 1998 I, 786 ff.; der Regierungsentwurf ist abgedruckt in ZIP 1997, 2059 ff.

¹¹ Abl. EG Nr. L 26 vom 31.1.1977 S. 1 ff.; Durchführungsgesetz vom 13.12.1978, BGBl. I 1595 ff.

¹² Ausführlich dazu: Schneider, DB 1996, 817 ff.; Steffen/Schmidt, DB 1998, 562 ff.; Heider, AG 1998, 4; Schröer, ZIP 1997, 221 ff.

¹³ Ausführlich dazu Schneider, DB 1996, 817 ff.; Schröer, ZIP 1997, 222 ff.

¹⁴ BGBl. I 1998, 590 ff.; der Entwurf eines Gesetzes über die Einführung von Stückaktien ist abgedruckt in ZRP 1998, 75 f.

¹⁵ Im wesentlichen im EuroGuG geregelt, BGBl. I 1998, 1242; der Referentenentwurf ist abgedruckt in ZIP 1997, 1259.

Als Grundlage des Reformvorschlages dienen die Abschnitte dieses Kapitels, die die bisherige Debatte aus kapitalgesellschaftsrechtlicher Sicht erläutern (A.), die kapitalmarktrechtliche Situation darstellen (B.), die die Reform notwendiger Weise begleitenden Nebengebiete beleuchten (C.) und mit der Formulierung der wesentlichen ökonomisch wünschenswerten Reformzielen (D.), deren Umsetzung die weiteren Kapitel gewidmet sind.

A. Der Reformbedarf aus kapitalgesellschaftsrechtlicher Sicht

Der größte Teil der kapitalgesellschaftsrechtlichen Reformdiskussion kreist um Einzelfragen, deren Lösung in segmentierten Bereichen gesucht wird, ohne daß ein Gesamtkonzept im Hintergrund steht. Nur wenige Autoren prangern das System insgesamt als überholt an und streben nach rechtspolitisch motivierten Veränderungen¹. Daß der zweite Ansatz der richtige ist, soll im Folgenden dargelegt werden.

I. Der dogmatische Reformansatz

Die Anpassung von nicht geregelten Einzelfragen an das bestehende Rechtssystem ist notwendig und prinzipiell auch sinnvoll. Zeigt sich jedoch, daß der Anpassungsbedarf in Relation zur vorhandenen Normierung unverhältnismäßig groß ist oder daß die Anpassung zu zweifelhaften Ergebnissen führt, so sollte nicht mehr über Vorgehensweisen *de lege lata*, sondern über Reformen *de lege ferenda* nachgedacht werden. Daß das Kapitalgesellschaftsrecht an diesem Punkt angekommen ist, wird nunmehr kurz anhand einiger Beispiele belegt.

Die Anzahl der als Analogien bezeichneten Angleichungen ist mittlerweile nahezu unüberschaubar geworden. Neben der hohen Zahl entsprechender Lösungsansätze schlägt weiterhin negativ zu Buche, daß eine dogmatisch hinreichende Überprüfung der einzelnen Analogien oder Rechtsgedanken nicht mehr erfolgt, sondern mehr oder minder willkürlich eine Norm herangezogen wird, die die gewünschten Folgen ausspricht². Ob dabei wirklich die Voraus-

¹ So z.B. Kübler in seinem Buch *Aktie, Unternehmensfinanzierung und Kapitalmarkt*; Spindler, AG 1998, 56.

² Interessant in diesem Zusammenhang ist die Arbeit von Friedrich, die eine Systematisierung der Rechtsprechung des BGH zur GmbH anstrebt.

setzungen einer Analogie vorliegen³ oder ob die herangezogenen Normen ihrem Telos nach einschlägig sind, bleibt unerwähnt⁴.

Relativ unbedenklich sind dabei noch diejenigen »Analogien«, die aus Praktikabilitätsgründen geschaffen worden sind. Dabei geht es meist um die Übernahme von Verfahrensnormen auf eine nicht geregelte Fallkonstellation, wie zum Beispiel die analoge Anwendung von § 250 Abs. 1 AktG auf die Wahl der Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer⁵ oder die Übertragung der für die Hauptversammlung geltenden Normen auf Aufsichtsratsbeschlüsse⁶ oder die Übernahme des die Aufhebungen von Unternehmensverträgen regelnden § 296 AktG auf deren Kündigung⁷ und von § 284 AktG auf deren Frist⁸ oder die Ausgestaltung von in § 292 AktG nicht aufgeführten Gesellschaftsvertragsarten nach dieser Norm⁹.

Problematischer sind die Übernahmen von Regelungen, deren Übertragung sinnvoll sein mag, aber nicht zwingend ist. Dazu gehören¹⁰:

³ Sei es nach der Definition von *Larenz*, AT § 4 II Rn. 28 ff., oder der kritischen Einschätzung von *Esser*, Methoden, S. 8 f. sowie Grundsatz, S. 231 ff.

⁴ So passen z.B. bei der Analogie in Bezug auf die fehlerhaften Aufsichtsratsbeschlüsse (OLG Hamburg, AG 1992, 197, 198 ff.) bereits die Rechtsfolgen der analog anzuwendenden Norm nicht, weil keine Überprüfung in einem gerichtlichen Verfahren angestrebt wird. Am deutlichsten zeigt es sich bei der Rechtsfortbildung zum Konzernrecht, zu der sogleich Stellung genommen wird.

⁵ *Raiser*, MitbestG, § 22 Rn. 20.

⁶ Bei fehlerhaften Aufsichtsratsbeschlüssen wird die Anwendung der §§ 241 ff. AktG analog vertreten von: OLG Hamburg, AG 1992, 197, 198 ff.; *Axhausen*, S. 159 ff.; *Baums*, ZGR 1983, 305 ff.; *Radtke*, BB 1960, 1046 ff.; die Entwicklung neuer, an den Sachzusammenhang mit §§ 241 ff. AktG angelehnter Regelungen vertritt: *Raiser*, Kapitalgesellschaften, § 15 Rn. 66; so wohl auch: BGHZ 106, 54, 66 f.; *Gessler* in *Gessler/Hefermehl*, AktG § 108 Rn. 67 ff.; *Mertens* in *KölnKom*, § 108 Rn. 72 ff.; *Schneider* in *Scholz*, § 52 Rn. 309 ff.; *Lutter/Krieger*, Rn. 251 ff.; die Nichtigkeit der Beschlüsse nimmt an: *Hoffmann-Becking*, MünchHdb.AG § 31 Rn. 99 ff.; BGHZ 12, 327, 330 ff.; 47, 341, 345 f.; 83, 144, 146; 85, 293, 295; *Baumbach/Hueck*, AktG, § 108 Rn. 3; *Godin/Wilhelmi*, AktG, § 108 Anm. 6; *Meyer-Landrut* in *Großkommentar*, § 108 Anm. 6; *Meilicke*, Aufsichtsratsbeschlüsse, S. 78; *Scheuffler*, S. 8.

⁷ *Koppensteiner* in *KölnKom*, § 297, Rn. 3; *Windbichler*, Unternehmensverträge, S. 74 f.; a.A. *Werner*, AG 1967, 124.

⁸ *Emmerich/Sonnenschein*, § 15 III. S. 233.

⁹ Z.B. Betriebsführungsverträge; *Krieger* in *MünchHdb.AG*, § 72 Rn. 4; *Martens*, Wirtschaftsabhängigkeit, S. 26 f., insb. Fn. 33; anders für isolierte Verlustübernahmeverträge *Schmidt K.* in *FS Werner*, S. 788 f.

¹⁰ Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Diskussion um die Möglichkeit der Übernahme des US-amerikanischen Proxy-Stimmrechts (ausführlich zum US-amerikanischen System: *Clark*, S. 366 ff.) Für eine Übernahme in das deutsche Recht sind: LG Stuttgart, AG 1974, 260 f.; *Schilling* in *FS Möhring* (75), S. 262 f.; *Wiethölter*, Aktiengesellschaft, S. 334 ff. Die Gegner bilden wegen ihrer negativen Einschätzung dieses Institutes eine Analogie zu § 136 Abs. 2 AktG: *Großfeld*, Aktiengesellschaft, S. 206 f. Differenzierend sehen das Problem: der Bericht der Unternehmensrechtskommission, Rn. 607 ff.; *Mest-*

- die Forderung nach Einstimmigkeit bei Änderung des Unernehmensziels¹¹
- die Übertragung von § 255 Abs. 2 AktG (Anfechtung einer Kapitalerhöhung gegen Einlagen unter Ausschluß des Bezugsrechts) auf die Anfechtung der Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage¹² und mittels genehmigten Kapitals¹³
- die Anwendung von § 304 AktG auf andere Parteien mit Gewinnbeteiligung wie Genußscheininhaber oder Tantiemenberechtigte¹⁴
- die Übernahme von § 361 AktG auf eine GmbH, die ihr gesamtes Vermögen übertragen will,¹⁵
- das Bezugsrecht der GmbH-Gesellschafter nach § 186 AktG¹⁶
- die Ausdehnung von § 47 Abs. 4 GmbHG entsprechend der Regelung in § 136 Abs. 1 AktG auf Beschlüsse im Vorfeld eines Prozesses¹⁷
- die Forderung nach einer satzungsändernden Mehrheit bei Ausschluß eines Gesellschafters nach § 60 Abs. 1 Nr. 2 GmbHG¹⁸
- die Übertragung der aktienrechtlichen Regelungen der §§ 241 ff. AktG auf die Nichtigkeit und Anfechtbarkeit von Gesellschaftersbeschlüssen der GmbH¹⁹
- die Auferlegung der Beweislast gemäß § 93 Abs. 2 AktG analog auf den Geschäftsführer einer GmbH dafür, daß infolge seines eine Pflichtwidrigkeit nahelegenden Verhaltens kein Schaden entstanden ist²⁰

mäcker, Verwaltung, S. 61 ff. Für eine Berücksichtigung als Alternative zum Depotstimmrecht der Banken: der Bericht der Kommission »Grundsatzfragen der Kreditwirtschaft«, Rn. 927; *Zöllner* in KölnKom, § 134 Rn. 79 sowie ausführlicher in FS Westermann, S. 610; *Möhring* in FS Gessler, S. 133 ff. Auch hier wäre es sinnvoller, über das Gesamtsystem nachzudenken.

¹¹ Mit der h.M. *Zöllner* in KölnKom, § 179 Rn. 113; *Hüffer*, AktG, § 179 Rn. 33; *Semler* in MünchHdb. AG, § 39 Rn. 53; die m.M. will einen Mehrheitsbeschuß mit einer Sicherung der Aktionäre nach §§ 304, 305 analog: *Timm*, Aktiengesellschaft, S. 31 ff.; *Wiedemann*, GesR I, S. 156 f. sowie JZ 1978, 613.

¹² BGHZ 71, 40, 50 ff.; *Hüffer*, AktG, § 255 Rn. 7; *Zöllner* in KölnKom, § 255 Rn. 7; a.A. *Schilling* in Großkommentar, § 255 Anm. 3.

¹³ BGHZ 83, 319, 320 ff.; *Schilling* in Großkommentar, § 255 Anm. 5; *Zöllner* in KölnKom, § 255 Rn. 8.

¹⁴ *Konzen*, RdA 1984, 80 f.

¹⁵ *Ulmer* in Hachenburg, § 53 Rn. 38; *Priester* in Scholz, § 53 Rn. 177.

¹⁶ *Lutter*, AcP 180, 122 f.; *Priester*, DB 1980, 1927.

¹⁷ *Raiser*, Kapitalgesellschaften, § 33 Rn. 46; *Lindacher*, ZGR 1987, 123 ff.; *Schmidt K.*, NJW 1986, 2019; im Ergebnis so auch BGHZ 97, 28, 30 ff.

¹⁸ BGHZ 9, 157, 177; zustimmend *Ulmer* in Hachenburg, Anh. § 34 Rn. 25; *Lutter/Hommelhoff*, GmbHG § 34 Rn. 27; *Immenga*, Kapitalgesellschaft, S. 308; ablehnend *Hueck* in Baumbach/Hueck, GmbHG, Anh. § 34 Rn. 9; *Balz*, S. 40.

¹⁹ Allerdings lediglich falls die Besonderheiten der GmbH dem nicht entgegen stehen: BGHZ 111, 224, 225; ausführlich dazu *Immenga*, GmbHR 1973, 5 ff.; so ist z.B. ein Gesellschaftsbeschuß über eine Leistung, der dem Verbot von § 30 Abs. 1 GmbHG entgegensteht, nach § 241 Abs. 3 AktG nichtig, *Raiser*, Kapitalgesellschaften, S. 441. Ein Urteil über einen Beschuß wirkt für und gegen alle Gesellschafter, § 248 analog, *Lindacher*, ZGR 1987, 123.

²⁰ BGH WM 1980, 1190 f.; WM 1985, 1293 f.; WM 1991, 283 ff.; *Zöllner* in Baumbach/Hueck, GmbHG, § 43 Rn. 24; differenzierend von *Gerkan*, ZHR 154, 42 f., 61 ff.

- die Herabsetzung der Bezüge eines Geschäftsführers einer GmbH gemäß § 87 Abs. 2 AktG analog²¹
- die Einsetzung besonderer Vertreter zur Durchsetzung von Ansprüchen der GmbH nach § 147 Abs. 3 S. 2 AktG analog durch das Registergericht²²
- die Haftung der Bank nach § 37 Abs. 1 S. 4 AktG analog, wenn die Bank einer GmbH eine schriftliche Bestätigung darüber ausstellt, daß das eingezahlte Kapital zur freien Verfügung des Vorstands steht²³.

Die meisten Analogien beziehen sich auf das Konzernrecht:

- hat eine Eingliederung stattgefunden, so haftet der Vorstand der eingegliederten Gesellschaft beim Vorliegen einer Weisung durch die herrschende Gesellschaft nach § 310 AktG analog²⁴
- erfolgt die Konzernierung von unten nach oben wird entweder § 309 AktG analog auf das Verhältnis Mutter-Enkel²⁵ oder die Rechte aus § 304 AktG analog gegen die Mutter²⁶ oder eine Nichtigkeit des Vertrages bei fehlender Ausgleichsregelung nach § 307 AktG analog²⁷ vertreten
- im Verhältnis Mutter-Tochter-Enkel wird bei einer Konzernierung von oben nach unten gemäß § 305 Abs. 2 Nr. 2 AktG analog als Bezugspunkt des Ausgleichs die Mutter eingesetzt²⁸
- erfolgt der Vertragsschluß unmittelbar zwischen Mutter und Enkel werden die §§ 304 ff. analog angewendet²⁹
- im GmbH-Konzern soll § 293 Abs. 2 AktG unabhängig von der Rechtsform der Obergesellschaft Anwendung finden³⁰
- streitig ist dabei, ob die Formvorschriften der §§ 293 Abs. 2 AktG und 294 AktG zu beachten sind³¹
- streitig ist ebenfalls das Quorum, mit dem die Gesellschafter der Obergesellschaft den Unternehmensvertrag billigen müssen³²

²¹ *Raiser*, Kapitalgesellschaften, § 32 Rn. 41; der BGH hat einer Erhöhung der Bezüge aus dem Gesichtspunkt der Treuepflicht heraus zugestimmt, BGH GmbHHR, 1978, 12 f.

²² *Eickhoff*, S. 74 ff.

²³ BGHZ 119, 177, 180 f.

²⁴ *Raiser*, Kapitalgesellschaften, § 55 Rn. 6.

²⁵ *Rehbinder*, ZHR 1977, 606.

²⁶ *Bachelin*, S. 74 f.

²⁷ *Hüchtig*, S. 132 f.

²⁸ *Rehbinder*, ZHR 1977, 604 f.

²⁹ *Bayer* in FS Ballerstedt, S. 169 ff.

³⁰ BGHZ 105, 324, 333; *Emmerich/Sonnenschein*, § 25 II. 5. S. 413; a.A. für den Fall einer AG als herrschendes Unternehmen *Vetter*, BB 1989, 2125 ff.

³¹ Verneinend: BGHZ 105, 324, 337; bejahend: *Heckschen*, DB 1989, 30; *Weigel* in FS Quack, S. 516 f.

³² *Schneider* in *Schneider*, S. 15 f.; für eine 3/4 Mehrheit: BGHZ 105, 325, 336; *Priester*, DB 1989, 1016 ff.; *Timm*, GmbHHR 1989, 15. Bezüglich des Quorums in der beherrschten Gesellschaft: *Krieger, G.*, in *Schneider*, S. 102 ff.; für Einstimmigkeit ist z.B. *Hönle*, DB 1979, 487; für eine 3/4 Mehrheit *Timm*, GmbHHR 1987, 11 f.; genauer dazu m.w.N. *Emmerich* in *Scholz*, Anhang Konzernrecht, Rn. 252 ff.

- die §§ 302, 303 AktG sollen entsprechend bei Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen im GmbH-Konzern anwendbar sein³³
- für die Änderung und Beendigung sollen die §§ 295 – 299 AktG analog anwendbar sein³⁴
- erfolgt eine effektive Kapitalerhöhung, so dürfen die Anteile nicht von einem abhängigen Unternehmen der die Kapitalerhöhung durchführenden Gesellschaft übernommen werden, § 56 Abs. 2 AktG analog³⁵

und dabei auf den lediglich rudimentär geregelten faktischen Konzern.

- bei Weisungserteilung der herrschenden Gesellschaft im Vertragskonzern kann Nachteilsausgleich nach § 311 AktG analog gefordert werden³⁶
- die Haftung des herrschenden Unternehmens für nachteilige Weisungen erfolgt nach § 309 Abs. 3 – 5 AktG entsprechend³⁷
- wird ein dementsprechender Ersatzanspruch pflichtwidrig nicht geltend gemacht, so sind die §§ 317 Abs. 4 und 309 Abs. 4 AktG entsprechend anzuwenden³⁸
- ist eine faktische Konzernierung vorgenommen worden, ohne daß zuvor ein entsprechender Gesellschafterbeschuß gefaßt worden ist, so sollen die §§ 304, 305 AktG entsprechende Anwendung finden³⁹
- haben die Gesellschafter zugestimmt, so soll sich das Weisungsrecht seinem Umfang nach an § 308 Abs. 1 S. 2 AktG orientieren⁴⁰

In diesem Bereich kommt es zu den gravierendsten Friktionen. Am deutlichsten zeigen sich die entsprechenden Schwierigkeiten bei der von der Rechtsprechung vorgenommenen Fortbildung des GmbH-Konzernrechts⁴¹. Grundlage der Analogiebildung im Recht des faktischen GmbH-Konzerns ist die Autokran-Entscheidung⁴² des BGH. In dem der Entscheidung zugrunde liegenden Sachverhalt hielt im wesentlichen der beklagte Gesellschafter die Anteile von sieben GmbH, deren Betriebsmittel er ohne Rücksicht auf die Belange der einzelnen GmbH zwischen diesen verschob⁴³. Als alle sieben GmbH schließlich in Konkurs gingen, wollte der Eigentümer der an die verschiedenen GmbH geleasteten Autokräne auf den hinter den GmbH stehenden Gesellschafter durchgreifen. Der BGH lehnte einen Durchgriff ab⁴⁴, kreierte aber eine konzernrechtliche Haftung nach den für den Vertragskonzern geltenden

³³ BGHZ 103, 1, 4 ff.; 105, 324, 336; *Kort*, Abschluß, S. 144 ff.; *Wirth*, DB 1990, 2105.

³⁴ *Emmerich* in Scholz, Anhang Konzernrecht, Rn. 316 ff.; *Wirth*, DB 1990, 2105 ff.

³⁵ *Ulmer* in Hachenburg, § 55 Rn. 40; *Priester* in Scholz, § 55 Rn. 109 f.; *Lutter*, Kapital, S. 196 ff.

³⁶ *Emmerich* in Hommelhoff, S. 75; *Wilhelm*, S. 142.

³⁷ Dies wird z.B. von *Mertens* in FS Fleck ohne Begründung vorausgesetzt, S. 209, 218.

³⁸ *Koppensteiner* in KölnKom, § 302 Rn. 22; für die GmbH: *Stütze* in Schneider, S. 91 f.

³⁹ *Flume*, AT, S. 130; *Rehbinder*, AG 1986, 91; *Schmidt K.*, ZGR 1981, 473.

⁴⁰ *Emmerich/Sonnenschein*, § 18 IV. S. 317 f.; a.A. *Sina*, AG 1991, 1.

⁴¹ *Mülbart*, Aktie, S. 477 ff.; *Stodolkowitz*, ZIP 1992, 1517 ff.; *Schmidt, K.*, ZIP 1994, 838 ff.; ausführlich dazu: *Gätsch*, S. 27 ff.

⁴² BGHZ 95, 330, 331 ff.

⁴³ BGHZ 95, 330, 341.

⁴⁴ BGHZ 95, 330, 333 f.

Register

- Abschreibungsgesellschaft 41, 65, 104, 183, 294
- ADHGB 72 ff., 80 f.
- Ad hoc-Publizität 35, 114, 182, 186, 204, 274 f.
- Agency-Kosten 20, 306
- Aktie 27 f., 30 f., 32, 37, 39, 40, 46, 48, 59 f., 143, 176 ff., 183, 185, 189, 195, 201, 205, 233 f., 240 f., 243, 248, 261, 263 ff., 269, 270 ff., 295, 311, 322
- siehe auch Erwerb eigener Aktien
 - nennwertlose 255 ff.
 - Rendite 25 f.
 - Steuer 44
 - Verteilung 24 ff., 152
- Aktiengesellschaft 13, 43, 122, 144 ff., 154, 159, 163, 171, 176, 200, 206 f., 243, 260, 296 f.,
- Geschichte 69 ff., 205, 213, 236, 237
 - Kapitalmarkt 25 ff.
 - Verteilung 23 ff.
- Aktienmärkte 22, 28 ff., 33, 94 f., 290
- siehe auch auf Kapitalmärkte
- Aktienrechtsnovelle
- von 1870 75 ff.,
 - von 1884 77 ff.
- Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch
- siehe auch ADHGB
- Allokation 15 f., 25, 45, 59, 64 f., 71, 103 f., 126 f., 143, 170, 176, 277, 311
- Effizienz 22, 39 f., 49, 62, 132 ff., 181, 185, 187, 191, 235, 266, 278, 280
- Altersvorsorge 27 ff.
- Analogie 6 ff., 163, 294, 296
- Konzern 9 ff., 296 f., 316
- Anleger 14 f., 17, 20, 24 ff., 34 ff., 39, 44 ff., 65, 67, 70, 74 ff., 77, 83, 86, 88, 93, 95, 102, 104, 122, 126, 143, 151 ff., 170 f., 172, 178, 181, 183 ff., 190, 194 ff., 227, 229, 239 ff., 293, 297, 299, 301, 303, 311, 313, 319, 321, 323
- Institutionelle 24, 49, 192 f.
- Anlegerschutz 13 ff., 18, 21, 30, 33, 36, 40, 49, 61, 64 ff., 67 ff., 69, 74 f., 76, 81, 90, 93 ff., 98, 102 ff., 108, 135, 137, 174, 177, 180 ff., 187, 199 ff., 203, 204 ff., 233, 235, 240, 246, 292, 294, 297, 299, 303, 319, 322 f.,
- siehe auch Anteilseignerschutz
 - GmbH 207 f.
 - Publikumpersonengesellschaft 46 ff.
- Anreizsysteme 19, 133, 135
- Anteile 10, 38, 50, 67 ff., 102, 109, 175, 187, 199, 202, 205, 222 f., 225 f., 230, 240 f., 256 ff., 264 f., 266 f., 269 ff., 293 f., 295, 298 ff., 303, 311, 313, 321 f.
- Handel 235 f., 243
 - VSt 45 f.,
 - BörsenUSt 46
- Anteilseigner 160, 171, 195, 197, 199 ff., 227 ff., 242, 268, 294, 298, 313, 322
- siehe auch Anleger/Anlegerschutz
- Arbeitsrecht 56, 198
- Aufsichtsrat 7, 36, 56, 75, 78 ff., 88, 90, 96, 215, 238 f., 243, 282, 296
- Autokran-Entscheidung 10 ff, 309 f.
- Basiskapital 248 ff., 254, 285, 293 f., 322
- Beteiligung 38 ff., 44, 102, 151, 154, 171, 174, 189, 205, 225, 227, 230, 263, 266, 310, 316, 323
- Unternehmerische 200 ff., 228
- Betrügerisches Vorgehen 119 f., 122 ff.
- Beurkundungspflicht 293 f.
- Bezugsrecht 2, 8, 25, 36 f., 64, 81, 205, 270, 278, 287, 290, 294 f., 296, 322

- Bezugsrechtsausschluß 260 ff.
- Bilanz 48, 56 ff., 65, 86, 196, 239, 245, 247 ff., 256, 271, 285 f., 290, 295, 319, 322
- Gläubigerschutz 57 ff.
- Kapitalmarktinformation 59 ff.
- Bilanzrecht 56 ff., 233, 247, 251, 253, 319
- Börse 30 f., 33 f., 46, 53, 73, 122, 124, 177, 235 f., 239, 244, 256 f., 260, 266, 298 ff., 322
- Börsenrecht 131, 136
- Erwerb eigener Aktien 271, 274 ff.
- gehandelte Gesellschaften 23, 175, 254
- Zusammenbrüche 27, 32, 40, 87
- Bondanleihe-Urteil 186, 190

- Capital management 26, 32, 40
- Class-suit 171 ff
- Code Commerce 71 ff.
- Collective action Probleme 205, 226 230 f.
- Corporate finance 246 f., 250, 277

- Delikt 108, 119, 125, 130, 138 ff., 216
- Geschäftsleiterhaftung 163 ff.
- Ingerenz 168 ff.
- Deliktsgläubiger 108, 118, 138 ff., 242, 246, 249
- Konzern 301, 303, 308, 309 ff.
- Deregulierung 1, 13, 21, 37, 64 ff., 67 f., 72, 75, 78, 84, 99, 102 f., 105, 106 ff., 119, 123, 127, 174, 186 f., 188, 194, 199, 204, 230 ff., 233 ff., 260, 308, 319 ff.
- Differenzhaftung 121, 241, 243, 245, 293
- Dividenden 25, 32, 78, 94, 195 f., 205, 257, 277, 280
- Kontinuität 265, 280, 283
- Doppelverstoß 223 ff.
- Durchgriff 119, 125, 130, 138 ff., 242, 246, 303, 320
- Beispielsfall 158 ff.
- Haftungsdurchgriff 156 ff.
- Historische Entwicklung 138 ff.
- Konzernrecht 10, 309 ff.
- Lateraler Durchgriff 309 f.
- Zurechnungsdurchgriff 141, 156 ff.

- EG-Recht 48, 53, 55, 99, 130 233, 253 f.
- Börsenzulassungsprospektrichtlinie 123
- Insiderrichtlinie 123, 184
- Kapitaladäquanzrichtlinie 193 f.
- Kapitalrichtlinie 233, 253, 270, 273, 287, 289 f.
- Solvabilitätsrichtlinie 193
- Transparenzrichtlinie 184, 223
- Wertpapierdienstleistungsrichtlinie 123, 184
- Eigenfinanzierung 44, 55, 93, 278
- Eigenkapital 26, 31 ff., 40, 46, 52 ff., 59 f., 64, 68, 77, 88, 124 ff., 135, 150, 194 ff., 237 ff., 245 f., 248 ff., 258 f. 267, 281, 283, 286, 292 ff, 319 ff.
- Eigenkapitalquote 52, 12, 185, 238, 248 f., 250 f., 294, 304, 322
- Einlagensicherung 116 f.
- Erwerb eigener Aktien 36 f., 64, 234, 248, 261, 270 ff
- Börse 271, 274 f., 278 ff.
- Geschichte 76, 88, 271
- Pakethandel 274, 276
- Tender offer 274 f., 278
- TPR 274 f.,
- Erwerb eigener GmbH-Anteile 295 ff.
- Euro-Umstellung 4, 233, 253

- Fiduziarische Pflichten 124, 279
- siehe auch Treuepflicht
- Finanzmarktförderungsgesetz 33 f., 99, 182, 185 f., 256
- Flexibilisierung 30, 38, 64 f., 72, 98, 104, 122, 125, 130, 177, 196, 198, 204, 206, 227, 235, 242, 245, 247, 249 f., 254, 261, 267, 269, 274, 276, 279 f., 289, 293 f., 301, 317
- Fonds 26, 28 f., 35, 187 ff., 192 f., 283
- Fremdfinanzierung 32 f., 55, 135, 176, 246
- Funktionenschutz 178, 180 ff., 203 f.
- siehe auch Kapitalmarkt
- Freie Verfügung 244

- Garantiekapital 40, 58 f., 67, 79, 102, 107 f., 119 f., 120 ff., 127, 137, 233 f., 235 ff., 247, 249, 292, 320, 322
- siehe auch Mindestnennkapital
- siehe auch Nennkapital
- Genußrechte 8, 52 ff., 55

- Geschäftsführungsmaßnahme 154, 173, 220 ff.
- Geschäftsleitung 8, 9, 57, 90, 100, 153 f., 160, 162 ff., 218, 229, 258, 216 f., 225, 318
- Deliktsgläubiger 159 ff.
 - Haftung 159 ff.
 - Konzern 296 ff., 302, 304, 311, 317
 - Stock options 20
 - Treuepflichtverstoß 220 ff.
 - § 43 AktG 163
 - § 93 Abs. 5 AktG 162 f., 171
 - siehe auch Vorstand
- Gesellschaften
- Börsengängige 244, 254, 299, 322
 - Öffentlich gehandelte 235 ff., 254
 - Unternehmensbeteiligungs- 29
- Gesellschaftsform 154, 209, 214, 221, 235 f., 291 f., 293, 295 ff., 323
- Gesellschaftskapital
- Beteiligte 174 ff.
 - siehe auch Anlegerschutz
 - siehe auch Anteilseignerschutz
- Gesellschaftsstatut 210
- Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
- siehe auch KonTraG
- Gewinn- und Verlustrechnung 58, 61, 88
- Girmes-Entscheidung 207, 222
- Gläubiger 16, 47, 57 ff., 64 f., 67 f., 76, 79 f., 88, 93, 102 f., 105, 107 ff., 194, 221, 237 f., 240, 244, 251, 258 f., 297
- Eigeninitiative 117, 121, 127, 130 ff., 137
 - Konzern 301 ff.
 - siehe auch Deliktsgläubiger
 - siehe auch Vertragsgläubiger
- Gläubigerschutz 51, 64, 67 f., 74 f., 79 f., 90, 93, 103 ff., 107 ff., 174, 220 ff., 233, 235 f., 239 f., 242, 246, 249, 284, 292 f., 299
- Bilanz 57 ff.
- Gleichbehandlungsgrundsatz 59, 239 f., 242
- Kauf eigener Aktien 272 ff., 295
- Globalisierung 1, 12, 19, 21, 175 ff., 204, 242, 245, 253, 267, 291
- GmbH 34, 43, 51, 53 f., 107 ff., 121, 141, 153, 158, 165, 167, 169, 173, 209 ff., 223, 230, 234 f., 291
- Geschichtlicher Vergleich mit der AG 100 ff., 104, 144 f.
 - Treuepflicht 208
 - siehe auch Konzern/Autokran GmbH & Co 46 ff., 55, 101, 293
 - Going Private 32, 284 f.
 - Gründung 150, 174, 210 ff., 320
 - Aktiengesellschaft 69 ff., 85, 90, 103, 126, 137, 236, 243 ff.
 - GmbH 145, 293
 - Grundkapital 23, 64, 80, 108, 115, 154, 236, 260, 272 f., 287, 289
 - Warnfunktion 238 f.
 - Sperrfunktion 239 f.
- Handelscompagnien 69 ff.
- Haftkapital, Steuerungsfunktion 149 ff.
- Haftung 15, 17 f., 64, 70, 104, 139, 149, 151, 154, 186, 223, 241 ff., 258, 293
- -bsbeschränkung 47, 71, 100 ff., 127, 143 ff., 221, 246, 292
 - -sdurchgriff 153, 156 ff.
 - -sseparation 304 ff.
 - -sverbund 304 ff.
 - Anleger 14
 - Bank 9
 - Geschäftsleiter 47, 51, 54, 57, 79 f., 100, 133, 159 ff.
 - Herrschendes Unternehmen 10
 - Konzern 10 ff.
 - Rating 193
- Haftungsmasse 149
- Holzmann-Urteil 261 f.
- Informationseffizienz 35, 181, 238, 278 f., 280, 282 f.
- Inflation 32, 83 ff.,
- Innovativkapital 22, 126, 143, 149, 155
- Insider 37, 60, 65, 123, 178 f., 181, 186, 204, 278
- Regeln 33 ff., 176
- Insolvenz 107, 110, 116 f., 133, 149, 308, 320
- Internationalisierung 22, 67, 99, 175, 266
- siehe auch Globalisierung

- Juristische Person 43, 70, 80, 118, 138 ff., 148 f., 156 ff., 164, 172, 209, 213 f., 216, 243, 271, 280, , 302, 320
- Kali & Salz-Urteil 261
- Kapital 14, 16, 18, 26 f., 30, 31, 33, 39, 40, 49, 64, 70 ff., 83, 101, 104 ff., 108, 122, 126 f., 144 ff., 149, 153 f., 170, 172, 174 ff., 252 ff.
- Freies 248, 322
 - Freie Verfügung 9, 244
 - Vorratskapital 286 ff.
 - siehe auch Basiskapital
 - siehe auch Eigenkapital
 - siehe auch Fremdkapital
- Kapitalaufbringung 59, 63, 67, 76, 78, 90, 103, 108, 120, 174, 234, 240 ff., 293
- Kapitalausstattung 138, 294
- Angemessene 124 ff., 149, 237, 245, 247, 249
- Kapitalerhaltung 59, 63, 76, 93, 109, 120, 127, 138, 222, 239 f., 243, 251, 260, 262 f., 267, 304, 317
- Treuepflicht 220 ff.
- Kapitalersetzende Gesellschafterdarlehen 54 ff., 101
- Kapitalmarkt 1, 4, 14 f., 22 ff., 44, 46, 49, 56 f., 59 ff., 64 ff., 73, 80, 94 f., 97, 99, 103 ff., 123 f., 126, 144, 172, 174, 175 ff., 188, 190 ff., 198, 200, 202 ff., 205, 221, 227, 230 f., 235, 237 f., 241 ff., 254, 264, 270, 277 ff., 293, 307, 311, 319, 321
- Bestandsaufnahme 23 ff.
 - Bilanz 59 ff.
 - Funktionenschutz 180 ff., 204
 - Regulierung 15, 40 ff., 78, 130 ff.
 - Strukturschwäche 22 ff.
- Kapitalgesellschaftsrecht 22, 56 ff., 61, 63, 64 ff., 67, 94, 103, 107 f., 127, 151, 157 f., 170, 174, 198, 211, 233, 235, 239, 319, 320 f.
- Kapitalsammelfunktion 34, 40, 46 f., 68, 72, 74, 90, 95, 100 ff., 121, 126, 143 f., 149, 151 f., 155, 158 f., 237
- Kapitalstrukturierung 32, 64
- Kapitalverkehrssteuern 46
- Kleinanleger 26, 35, 45, 79, 108, 144, 154, 172, 182 f., 188, 202, 205 f., 230 f., 236, 240 f., 246, 269, 321
- Kleine Aktiengesellschaft 31, 99, 105, 123 f., 154, 243, 260, 291
- Körperschaftssteuer 43 ff., 50, 317
- Konkurs 10, 54, 67, 110 f., 113 ff., 118 f., 121, 125 f., 132 f, 136, 146, 162, 207, 223, 230, 238, 242, 244, 246 ff., 252, 292, 302, 308 f.
- Konkursausfallgeld 117 f., 130
 - siehe auch Insolvenz
- KonTraG 33, 36, 99, 259, 273 ff., 276, 288 f.,
- Kontrolle 19, 96, 143, 187, 189 f., 193, 230, 272, 277, 307, 311
- Kontrollrechte 146, 231
- Konzentration 15
- Konzern 38, 81, 84 ff., 88, 90 ff., 296, 301 ff.
- Analogien 316
 - Faktischer Konzern 10 f., 304 ff.
 - GmbH 9, 208, 296 f., 314, 316 ff.
 - Organschaft 50 ff., 302, 317, 323
 - Vertragskonzern 296, 301 ff.
- Konzession 71 f., 74 f., 76, 106, 243
- Kosten 131 ff., 149, 183 f., 185 f., 187, 191 f., 193 f., 196, 198, 205, 226, 237, 241, 243, 256, 264, 266 f., 275, 277 ff., 283, 298, 301, 306 f., 311 f., 313
- Aktienerwerb 25
 - Eigenkapital 32, 52 f.
 - Emission 22
- Leverage-Effekte 26, 32, 277, 281, 284, 306
- Linotype-Entscheidung 107
- Liquidation 265, 313, 316
- Treuepflichtverstoß 222 ff.
- Lohnnebenkosten 27
- Machtstellung 160, 192, 200, 218, 311
- Managementkontrolle 19 ff., 37
- Marktwirtschaft 75, 133, 142
- Soziale 93 ff.
- Mindestgarantiekapital 2, 4, 234, 235 ff., 239, 292, 320, 322
- Minderheit 51, 79, 84, 96, 231, 295
- -sgesellschafter 207, 215, 303 ff., 311 f., 317
- Mitbestimmung 31, 36, 56 ff., 98, 100, 176, 196, 282, 296

- Monopol 74, 80 f.
 Moral hazard 17, 21
- Nachkriegszeit
 – 1. Weltkrieg 83 ff.
 – 2. Weltkrieg 67, 91 ff., 237
 Nachschuß 121, 126, 152
 Nationalsozialismus 87, 88 ff.
 Nennkapital 93, 102, 106, 138, 236, 238 f.,
 255 ff., 285, 322
 Nennwert 233, 240, 255 ff., 294, 322
 Neuemission 31 f., 264, 268, 286, 290
 Neuer Markt 33, 124, 175, 243
 Nexus of contracts 209 f.
 Normentheorie 210 ff.
 – Modifizierte 210 ff.
- Ökonomie 52, 205
 Ökonomische Analyse 130, 131 ff., 184
 – Konzern 305 ff.
 Organisationsverschulden 164 f.
 Organschaft 49 ff., 302, 317, 323
- Pakethandel 274, 276
 Pensionsfond 28, 192
 Pensionssicherungsverein 116 f., 118
 Publikumspersonengesellschaft 46
 Publizität 48, 51, 60, 65, 75, 78, 87, 96,
 108, 111, 113 ff., 119, 122, 125, 127,
 128 ff., 134 f., 136, 181 f., 185 ff., 203,
 238 ff., 251, 256, 259, 283, 298 f., 311,
 321
 – siehe auch ad hoc Publizität
 Principal agent-Konflikt 189
- Quotenaktie 255 f.
- Rating 115, 129, 185, 190 ff., 239
 Rechtsform 31, 47, 98, 100 f., 103, 104, 124,
 139, 143 ff., 158, 172, 177, 187, 203, 214,
 237, 294 ff.
 Rechtsprechung 10 ff., 48, 54, 81, 101, 104,
 122, 141 f., 161, 164 f., 207 f., 216, 219,
 227, 239, 296, 301, 314, 316
 Reflexschaden 219, 222, 224 f.
 Reform 1, 13, 15, 20 f., 22 ff., 31, 36, 39 f.,
 42, 44 ff., 48 ff., 56 ff., 64, 77, 79, 81, 84,
 88, 89 f., 94, 97 f., 100, 103 ff., 123 f., 127,
 145, 175, 177, 188, 197 f., 204 ff., 233,
 235 ff., 247, 251, 253, 261, 267, 268 ff.,
 282 ff., 305, 319 f., 323
 Reformansatz 230
 – Dogmatischer 6 ff.
 – Rechtspolitischer 13 ff.
 Reformdebatte 1, 3 ff., 12, 65, 67, 86,
 197
 Rendite 25 f., 28 f., 30, 39 f., 44, 46, 59,
 126, 176 f., 185, 191 f., 199
 Rezession 77, 91, 98
 Ringverflechtung 33, 36, 38 ff., 65, 176,
 196, 312
 Risiko 14 f., 27, 32, 34, 39, 51, 53, 54,
 100 f., 111, 115, 118, 120, 127, 132 ff.,
 140, 144 f., 151 f., 166 f., 181, 183, 188,
 191 ff., 199, 221, 224 f., 226 f., 237, 241,
 285, 302 ff.
 – Sozialisierung 146, 148 f.
 – Verlagerung 152 f., 162, 165, 167 f., 172,
 242, 246,
 – Verteilung beim Durchgriff 148 ff.
 – Verteilung, zivilrechtliche 147 ff.
 Risikodiversifikation
 – Gläubiger 113
 – Anleger 199, 311
 Risikokapital 14 f., 25, 145 f., 185, 241,
 243, 321
 Risikoprämie 110 f., 113, 191 f.
 Risikosozialisierung 146, 155, 160, 309,
 320
 Rücklagen 96, 248, 250 ff., 272 f., 285 ff.,
 322
- Sacheinlagen 76, 109, 241, 244
 Satzung 79, 98, 100, 210 ff., 268, 287
 – siehe auch Gesellschaftsstatut
 Schachtelprivileg 266
 Schadensersatzansprüche 88, 90, 96, 160,
 186, 193, 206 f., 218 f., 221 f., 224 f., 229,
 269, 322
 – Faktischer Konzern 97, 314 ff.
 Selbstfinanzierung 94, 196, 320
 Shareholder-Value 194 ff., 281
 Sicherheit und Leichtigkeit des Wirt-
 schäftsverkehrs 133, 143, 145, 149, 155,
 221, 223, 247, 249, 292, 299

- Sicherung 30, 75 ff., 102, 104, 112 ff., 138, 142, 146, 149 ff., 166 ff. 181, 184 f., 188, 247 ff., 251, 269, 303 f., 309, 320
 – -sbedarf 110 ff.
 – -skosten 132 f., 307
 – -smöglichkeiten 103, 111 ff.
 Signalling 238, 277 ff., 283 ff.
 Sonderverbindung 216
 Sorgfaltspflichtsverletzung 80, 163, 171
 Stakeholder 197
 Steuer 26, 28 f., 30, 32, 40, 42 ff., 86, 104, 176 f., 183 f., 196, 233, 245, 251, 253, 265, 280, 283, 302, 315, 317, 319, 323
 – siehe auch KSt, VSt, Kapitalverkehrssteuern
 Steuervergünstigungen 40
 Stille Reserven 57, 251, 253
 Stimmrechtsvertreter 218
 Stock-option-Pläne 20
 StückAG 99, 233, 255, 257
 Stückaktie 255 ff.
- Take-over 36 f., 38 f., 56, 60, 176, 203, 277, 282, 312
 TBB-Entscheidung 11
 Tender-offers 26, 274 f., 278
 Thesaurierung 44 f., 284
 Tiefbau-Entscheidung 11
 Transaktionskosten 60, 62, 72, 114, 128 f., 131 ff., 183 ff., 186, 192, 237, 241, 256, 275, 277, 279, 283, 298 f., 301, 307
 Transfereble-Put-Rights 275
 Trennungsprinzip 57, 138 ff., 157 f.
 Treupflicht 84, 101, 206 ff., 227 ff., 245, 269, 291 ff., 313 ff., 321 ff.
 – Geschäftsführungsmaßnahmen 220 ff.
 – Geschäftsleiter 160 ff.
 – – AG 206 ff.
 – – GmbH 208 ff.
 – Kapitalerhaltungsvorschriften 220 ff.
 – Liquidation 222 ff.
 – Verdeckte Einlagenrückgewähr 224
 – Verstoß 160 ff, 220 ff.
- Überfremdung 83, 86, 88, 205
 Übernahme 36, 196, 278, 282 f., 293, 311 ff., 323
 Übernehmerhaftung 166 f.
- Unterkapitalisierung 120, 124 ff.
 Unternehmen 26, 28, 34, 38, 52, 60, 62, 78, 83, 93 ff., 100, 102, 110 ff., 122, 124, 128 f., 134 ff., 138, 149 f., 185, 195 ff., 201 f., 243, 246, 248 ff., 253 f., 276, 279 f., 281, 283 ff., 292 ff., 304, 309, 319
 – Unternehmen an sich 82 f.
 Unternehmerisches Interesse 183, 188, 200 f., 202 ff., 223, 226 ff.
 Unterpariemission 109, 240, 257 f.
- Verdeckte Einlagenrückgewähr 108
 – Treuepflichtverstoß 224
 Verdeckte Sacheinlage 12, 18, 109, 245
 Vereinsautonomie 210, 213
 Verhaltenssteuerung 68, 121, 169, 180
 – Haftkapital 64
 Verlustzuweisungsgesellschaften 48 ff.
 Vermögensteuer 28 f., 45 ff., 47, 53
 Versicherung 24, 27 ff., 39, 115 ff., 130, 132, 147, 150, 155, 158 f., 170, 176 f., 311, 321
 – Haftpflicht- 116, 118
 – Arbeitslosen- 116, 118
 – Produkthaftpflicht- 116
 Vertragsgeflecht 210, 214, 217
 Vertragsläubiger 125, 138, 144, 149
 – Konzern 302, 309 f., 311
 Vertragstheorie 210 ff.
 Video-Entscheidung 11
 Vollerrechnung 43 ff.
 Vollbeschäftigung 89, 94 ff.
 Vorstand 9, 19 ff., 36 f., 78, 90, 96, 79, 152 ff., 162 ff., 196, 198, 216 ff., 239, 244, 259, 262, 269 f., 273, 275, 283, 288, 297, 303, 308, 316, 318
 Vorratskapital 287
 Vorsichtsprinzip 251
- Wechselseitige Beteiligungen 38 ff.
 Weisung 9, 10, 51, 90, 96, 100, 169, 297 f., 303 f., 312, 316 ff.
 Wertsteigerungsrücklage 249, 251 ff., 323
 Wertverlust 220, 226 ff., 230, 265 ff.
 Wiederaufbau 92 ff., 94
 Wirtschaftskrise 87 ff., 241, 272 f.
 Wirtschaftswunder 92 ff.

Jus Privatum

Beiträge zum Privatrecht – Alphabetische Übersicht

- Assmann, Dorothea*: Die Vormerkung (§ 883 BGB). 1998. *Band 29*.
- Bayer, Walter*: Der Vertrag zugunsten Dritter. 1995. *Band 11*.
- Beater, Axel*: Nachahmen im Wettbewerb. 1995. *Band 10*.
- Beckmann, Roland Michael*: Nichtigkeit und Personenschutz. 1998. *Band 34*.
- Berger, Christian*: Rechtsgeschäftliche Verfügungsbeschränkungen. 1998. *Band 25*.
- Berger, Klaus*: Der Aufrechnungsvertrag. 1996. *Band 20*.
- Bittner, Claudia*: Europäisches und internationales Betriebsrentenrecht. 2000. *Band 46*.
- Bodewig, Theo*: Der Rückruf fehlerhafter Produkte. 1999. *Band 36*.
- Busche, Jan*: Privatautonomie und Kontrahierungszwang. 1999. *Band 40*.
- Braun, Johann*: Grundfragen der Abänderungsklage. 1994. *Band 4*.
- Dauner-Lieb, Barbara*: Unternehmen in Sondervermögen. 1998. *Band 35*.
- Drexl, Josef*: Die wirtschaftliche Selbstbestimmung des Verbrauchers. 1998. *Band 31*.
- Eberl-Borges, Christina*: Die Erbausinandersetzung. 2000. *Band 45*.
- Einsele, Dorothee*: Wertpapierrecht als Schuldrecht. 1995. *Band 8*.
- Ekkenga, Jens*: Anlegerschutz, Rechnungslegung und Kapitalmarkt. 1998. *Band 30*.
- Escher-Weingart, Christina*: Reform durch Deregulierung im Kapitalgesellschaftsrecht. 2001. *Band 49*.
- Götting, Horst-Peter*: Persönlichkeitsrechte als Vermögensrechte. 1995. *Band 7*.
- Habersack, Mathias*: Die Mitgliedschaft – subjektives und ‚sonstiges‘ Recht. 1996. *Band 17*.
- Heermann, Peter W.*: Drittfinanzierte Erwerbsgeschäfte. 1998. *Band 24*.
- Heinrich, Christian*: Formale Freiheit und materielle Gerechtigkeit. 2000. *Band 47*.
- Henssler, Martin*: Risiko als Vertragsgegenstand. 1994. *Band 6*.
- Hergenröder, Curt Wolfgang*: Zivilprozessuale Grundlagen richterlicher Rechtsfortbildung. 1995. *Band 12*.
- Hess, Burkhard*: Intertemporales Privatrecht. 1998. *Band 26*.
- Junker, Abbo*: Internationales Arbeitsrecht im Konzern. 1992. *Band 2*.
- Kaiser, Dagmar*: Die Rückabwicklung gegenseitiger Verträge wegen Nicht- und Schlechterfüllung nach BGB. 2000. *Band 43*.
- Kindler, Peter*: Gesetzliche Zinsansprüche im Zivil- und Handelsrecht. 1996. *Band 16*.
- Kleindiek, Detlef*: Deliktshaftung und juristische Person. 1997. *Band 22*.
- Luttermann, Claus*: Unternehmen, Kapital und Genußrechte. 1998. *Band 32*.
- Looschelders, Dirk*: Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten im Privatrecht. 1999. *Band 38*.
- Lipp, Volker*: Freiheit und Fürsorge: Der Mensch als Rechtsperson. 2000. *Band 42*.

- Möllers, Thomas M.J.:* Rechtsgüterschutz im Umwelt- und Haftungsrecht. 1996. *Band 18.*
- Muscheler, Karlheinz:* Die Haftungsordnung der Testamentsvollstreckung. 1994. *Band 5.*
- Oechsler, Jürgen:* Gerechtigkeit im modernen Austauschvertrag. 1997. *Band 21.*
- Oetker, Hartmut:* Das Dauerschuldverhältnis und seine Beendigung. 1994. *Band 9.*
- Oppermann, Bernd H.:* Unterlassungsanspruch und materielle Gerechtigkeit im Wettbewerbsprozeß. 1993. *Band 3.*
- Peters, Frank:* Der Entzug des Eigentums an beweglichen Sachen durch gutgläubigen Erwerb. 1991. *Band 1.*
- Raab, Thomas:* Austauschverträge mit Drittbeteiligung. 1999. *Band 41.*
- Reiff, Peter:* Die Haftungsverfassungen nichtrechtsfähiger unternehmenstragender Verbände. 1996. *Band 19.*
- Rohe, Mathias:* Netzverträge. 1998. *Band 23.*
- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von:* Der Betreuer als gesetzlicher Vertreter für eingeschränkt Selbstbestimmungsfähige. 1999. *Band 39.*
- Saenger, Ingo:* Einstweiliger Rechtsschutz und materiellrechtliche Selbsterfüllung. 1998. *Band 27.*
- Sandmann, Bernd:* Die Haftung von Arbeitnehmern, Geschäftsführern und leitenden Angestellten. 2001. *Band 50.*
- Stadler, Astrid:* Gestaltungsfreiheit und Verkehrsschutz durch Abstraktion. 1996. *Band 15.*
- Taeger, Jürgen:* Außervertragliche Haftung für fehlerhafte Computerprogramme. 1995. *Band 13.*
- Trunk, Alexander:* Internationales Insolvenzrecht. 1998. *Band 28.*
- Wagner, Gerhard:* Prozeßverträge. 1998. *Band 33.*
- Waltermann, Raimund:* Rechtsetzung durch Betriebsvereinbarung zwischen Privatautonomie und Tarifautonomie. 1996. *Band 14.*
- Weber, Christoph:* Privatautonomie und Außeneinfluß im Gesellschaftsrecht. 2000. *Band 44.*
- Wendehorst, Christiane:* Anspruch und Ausgleich. 1999. *Band 37.*
- Würthwein, Susanne:* Schadensersatz für Verlust der Nutzungsmöglichkeit einer Sache oder für entgangene Gebrauchsvorteile? 2001. *Band 48.*